

Rede zum Jahresschluss

08.12.2014

Herr Landrat,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

der Landkreis Lichtenfels hat ein arbeitsreiches Jahr fast hinter sich.
Dabei haben sich Licht und Schatten gezeigt. Licht, das wir teilweise selbst erzeugt haben,
aber auch Schatten, den wir werfen oder der von außen auf uns fällt.

Mit den **Kommunalwahlen 2014** sind eine kräftige Anzahl neuer Kolleginnen und Kollegen in dieses Gremium eingezogen, das wird sich belebend auswirken. Obwohl wir Grünen gewachsen sind, sind wir immer noch die kleinste Fraktion. Allerdings hat sich der Kreistag eine neue Geschäftsordnung gegeben. Diese schafft Transparenz, indem sie alle politischen Strömungen zu beteiligen sucht. Das ist ein guter Beginn für die neue Periode bis 2020. Ich erlebe im Kreisausschuss lebhaft Diskussionen, aber trotzdem sehr oft einstimmige Beschlüsse, das spricht für sich.

Einen wesentlichen Anteil daran hat die Verwaltung, welche sachlich und kompetent die Arbeit in den Gremien unterstützt.

Gute Arbeit ist auch dringend notwendig, vor dem Hintergrund **drängender Aufgaben**:

- Rückläufige Schülerzahlen (Jugendarbeit an Projekten festmachen)
- Neuorganisation der Tourismusförderung (lieber klein und fein)
- Kompensation des Verlustes des ICE-Haltes
- Bewältigung der monatelangen Streckensperrung der Bahn 2016
- Neuorganisation des ÖPNV
- Begrenzung der Verschuldung
- Dauerthema Sozialarbeit
- Energiewende

Licht und gleichzeitig Schatten, nirgends wird dieser Zustand so deutlich, wie bei der **Erzeugung regenerativer Energie** im Landkreis. Während wir bei der Photovoltaik dank privater Initiativen, dank mutiger Investoren und dank einer heimischen Genossenschaft sehr gut im Rennen liegen, ist das Feld bei der Windkraft weitgehend unbestellt, Potentiale ungenutzt. Dabei ist uns bekannt, ohne diese Komponente wird die Energiewende nicht gelingen. Im Kreistag sind mehrheitlich Vorbehalte festzustellen, welche vergleichbar in der bayerischen Staatsregierung zu der unseligen 10H-Regelung geführt haben. Und wenn wir wegen solcher Verhinderungsregelungen unseren Windstrom in Bayern nicht selbst produzieren, dann kommt er eben aus Nord- und Mitteldeutschland per Stromtrassen. Unsere Windräder würden auf den Bergen stehen, die Stromtrasse wohl eher im Maintal. Da soll mir dann mal jemand erklären, wofür wir denn nun sind.

Vieles, vom bisher genannten, hat direkt mit **Klimaschutz** zu tun. Jeder möchte das Klima schützen, aber wenige sind bereit, etwas dafür zu tun. Ich höre oft, wir tun ja schon. Das wird nicht reichen. Das Klimaschutzkonzept des Landkreises liegt vor, und da liegt es. Auch hier ist die Analogie zur großen Politik zu erkennen. Die Bundesregierung und ihr Wirtschaftsminister verabschieden sich von ihren Zielen in Sachen Klimaschutz, das kann unser Landkreis offensichtlich auch.

Als Grüne können wir das nicht hinnehmen. Wir verlangen, dass die Kommunen vom Landkreis in die Pflicht genommen werden und gemeinsame Anstrengungen erfolgen. Die Stadtwerke Lichtenfels bewegen sich bereits in die richtige Richtung. Wir denken, das Thema muss Chefsache werden, im Landkreis und in den Kommunen. Ich erinnere an unseren Antrag zur Gründung von Regionalwerken.

Bisher haben wir es im Landkreis vorwiegend mit **Kriegsflüchtlingen** zu tun. Das wird sich langsam wandeln. Bei weiterer Untätigkeit beim Klimaschutz werden wir zukünftig mit Mengen von Klimaflüchtlingen konfrontiert sein. Da wird es uns nichts helfen, dass diese Menschen von wenig mitfühlenden Zeitgenossen als "Wirtschaftsflüchtlinge" bezeichnet werden. Gelingt es uns derzeit unter größten Mühen gerade noch, die Menschenwürde der bei uns ankommenden zu wahren, werden wir dann sicher überfordert sein. Denn bereits das Menschenrecht auf Arbeit können wir aktuell den Flüchtlingen vor Ort nicht gewähren. Dabei ist der Arbeitsmarkt in vielen Segmenten nicht aus eigenen Ressourcen zu befriedigen. Im Handwerk fehlt es vorne und hinten, ebenso in der Gastronomie. Wir leisten uns diesen völlig unverständlichen Sachverhalt, weil die Gesetze nun mal so sind. Das muss auch von den Landkreisen angegangen werden. Wir sind die Betroffenen solcher unvernünftigen gesetzlichen Regelungen. Dagegen müssen wir vorgehen. Arbeit ist der wichtigste Schritt zur Integration. Nichtstun kann man Menschen auch angewöhnen. Wir sind auf dem Weg dazu.

Die Arbeiten zum **Klinikum** laufen gut, obwohl man die Bautafel von der Straße aus nicht lesen kann. Es wird jedoch unsere Aufgabe sein, die Bevölkerung auf das Korsett der Förderrichtlinien hinzuweisen, nach denen wir bauen müssen. Richtlinien, welche dem kranken Menschen wenige Quadratmeter zuweisen, beim Straßenbau aber opulente Maxima verlangen. Dies ist einer der Schatten, der von außen auf uns geworfen wird. Auch wenn wir solche Dinge derzeit nicht ändern können, danke ich für den Hinweis zur Zimmergröße bei einer Sitzung des Bauausschusses Klinikum.

Die Regeln müssen für das Wohl der Menschen gemacht werden, und nicht für den Profit. Dafür wollen wir alle gemeinsam weiter im Landkreis arbeiten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Aufgestellt:
Bernhard Christoph
Fraktionssprecher
Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag